



# Bevölkerungsschutz in Deutschland

Sicherheitspolitisches Seminar  
VdRBw Kreisgruppe Münster  
vom 7.-8.11.2009 in Bocholt

## **Sicherheitspolitisches Seminar der Kreisgruppe Münster**

Bevölkerungsschutz und Außenpolitik der Großmächte waren in diesem Jahr die Schwerpunkte des sicherheitspolitischen Seminars der Kreisgruppe Münster in Bocholt.

Der sicherheitspolitische Kreisbeauftragte GUA d.R. Jürgen Dreifke stellte im Eingangsfreie die Geschichte und Konzeption des Bevölkerungsschutzes in Deutschland vor. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen orientieren sich noch an der klaren Trennung eines Katastrophenschutzes der Länder im Frieden und eines Zivilschutzes des Bundes im Kriege. In den 60er Jahren war eine eigene Zivilschutzorganisation des Bundes unter der Bezeichnung Luftschutzhilfsdienst im Aufbau, die in Organisationsformen, Ausrüstung und Uniformierung militärähnliche Strukturen aufwies. Geländegängige Fahrzeuge für Brandschutz, Krankentransport, ABC-Schutz und Versorgung bestimmten das äußere Bild. Man sah auch die Notwendigkeit einer Befähigung der Bevölkerung zum Selbstschutz, die mit der umstrittenen Fibel „Jeder hat eine Chance“ auch den Versuch wagte, die Bürger über Überlebensmaßnahmen unter atomaren Bedingungen aufzuklären.

Ab 1968 schlug die Katastrophenschutzgesetzgebung des Bundes eine andere Richtung ein, die sie im Prinzip noch heute hat. Der Bund verzichtete auf eine eigene Zivilschutzorganisation und beschaffte für den Zivilschutz im Kriege eine zusätzliche Ausstattung (Bundesergänzung), die den zahlreichen professionell und ehrenamtlich wirkenden Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes in den Ländern zur Verfügung gestellt wird und auch für den Katastrophenschutz im Frieden genutzt werden kann. Weiterhin betrieb der Bund eine Ausbildungsorganisation und eine Behörde für den Zivilschutz, die den Zivilschutz im Frieden konzeptionell unterstützen sollte. Der Bundesverband für den Selbstschutz bemühte sich mit begrenztem Erfolg, um eine Aufklärung und Selbsthilfeausbildung der Bevölkerung.

Den zahlreichen Kritikern einer Sicherheitspolitik, die die Möglichkeit eines Krieges in Europa verdrängen wollten, war der Zivilschutz ebenso ein Dorn im Auge wie die militärische Landesverteidigung. Das Einfordern der Friedensdividende nach 1989 bedeutete auch für den Bevölkerungsschutz, trotz mancher Warnungen von Fachleuten, erhebliche Einsparungen. Die zunehmende Zahl von Flutkatastrophen und die seit dem 11.9.2001 unübersehbare Terrordrohung führte allerdings zu einem Umdenken bei der Innenministerkonferenz der Bundesländer, die eine neue Strategie des Bevölkerungsschutzes formulierte und die Vorbereitungen für extreme Schadenslagen aufgrund von Unglücksfällen, Gewalteinwirkungen und Naturkatastrophen neu bewertete.

Eine besondere Rolle spielen dabei die Risikoanalysen von chemischen, radiologischen, nuklearen oder biologischen Schadenslagen. Planungen gelten nun verstärkt auch den Szenarien beim Ausfall wichtiger Infrastrukturen z.B. der Energieversorgung, oder beim „Massenanfall von Verletzten“.

Es entstand eine neue Behörde des Bundes, das Amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn, das vernetzt zugängliche Informationsgrundlagen für die Risiken schafft, Konzepte für die verantwortlichen Behörden zum Bevölkerungsschutz in Krieg und Frieden entwickelt und an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Katastrophenhilfe in Ahrweiler das erforderliche Knowhow für Führungskräfte vermittelt. In einem gemeinsamen Lage- und Meldezentrum des BBK in Bonn laufen alle Informationsdaten für einen Katastropheneinsatz zusammen und können dort von den Handlungsträgern in den Bundesländern abgerufen werden. Das BBK ist für die Ausrüstungskonzepte von Fahrzeugen und Gerät einer modernisierten Bundesergänzung und Entwicklung neuer Warnkonzepte zuständig. Zu den zahlreichen Aufgaben des BBK gehört auch die Informationsarbeit der Bevölkerung mit einem umfangreichen Webauftritt, zahlreichen Broschüren und der Zeitschrift „Bevölkerungsschutz“. Der zur Selbsthilfe befähigte und über Risiken

aufgeklärte Bürger wird weniger anfällig für Panik sein und so zu einem besonnenen Krisenmanagement beitragen können.

Umstritten bleibt die Frage, ob die Trennung der Kompetenzen für den Bevölkerungsschutz zwischen Bund und Ländern in Krieg und Frieden noch Sinn macht. Das in diesem Jahr verabschiedete Bevölkerungsschutzgesetz regelt zwar die Zuständigkeit des Bundes für Unterstützungs- und Konzeptionsaufgaben, die operative Führungsverantwortung für Katastrophenlagen im Frieden bleibt aber bei den Ländern, obwohl die neuen Risiken nicht mehr im Rahmen eines verfassungsrechtlich eindeutigen Verteidigungsfalles zu erwarten sind. Kritiker des Bevölkerungsschutzes fordern den Ausbau zentraler länderübergreifender Führungsstrukturen für extreme Gefahrenlagen. Teilweise könnten die Handlungsträger vor Ort, meist ist das erst mal ein Landrat, in solchen Lagen überfordert sein, wie die Erfahrungen bei den Vogelgrippeeinsätzen auf Rügen gezeigt hätten.

Der Jürgen Dreifke führte am Beispiel des ABC-Schutzes den 22 Seminarteilnehmern vor Augen, welche erhebliche Abwehrpotenziale der Feuerwehr durch die Bundesausstattung mit Aufklärungsfahrzeugen und Dekontaminationsausstattungen bundesweit zur Verfügung stehen und weiter ausgebaut werden. Der 450 ABC-Erkundungskraftwagen bei den Feuerwehren sind den ABC-Spürpanzern der Bundeswehr in ihrer Aufklärungskapazität vergleichbar.

Die Bundeswehr zählt im Rahmen des Bevölkerungsschutzes nicht zu den Kräften der ersten Stunde, sie kann aber nach einer Vorbereitungszeit zivile Hilfskräfte ablösen und mit ihrer Expertise, vor allem auf dem Gebiet der ABC-Abwehr, wertvolle qualitative Unterstützung beitragen.

Seit einigen Jahren finden unter dem Titel LÜKEX (länderübergreifende Krisenmanagementübung) in der Bundesrepublik wieder regelmäßig Planübungen statt, bei denen die verschiedensten Szenarien des Bevölkerungsschutzes unter Einbeziehung unterschiedlicher verantwortlicher Stellen durchgespielt werden. Das sind nicht nur Behörden, Hilfsorganisationen, Gesundheitsdienst, Polizei und Bundeswehr, sondern können z.B auch Forschungseinrichtungen, Energieversorgungsunternehmen, der Deutsche Fußballbund oder Lebensmittelkonzerne sein.

Das große Plus des deutschen Bevölkerungsschutzes sind die erheblichen Potenziale von 1,8 Millionen Helfern, davon 80% ehrenamtliche, in Feuerwehren, DRK, THW, DLRG und den Hilfsdiensten der Malteser, Johanniter und des Arbeiter-Samariter-Bundes. Wer weiß schon, dass die Feuerwehren bundesweit nach fünf Minuten 400.000 Helfer mobilisieren können? Die demographische Entwicklung wird hier natürlich neue Herausforderungen stellen, denen mit verstärkter Werbung neuer Zielgruppen begegnet werden muss.

Im zweiten Teil des Seminars stellte G.d.R. Werner Komac von der RK Dülmen, seines Zeichens Chemielehrer, die naturwissenschaftlichen Grundlagen von Atomwaffen vor. Es wurde den Teilnehmern anschaulich vor Augen geführt, dass die Anreicherung von Uran ein sehr komplexer Prozess ist, der im Prinzip nur durch organisierte Staaten und kaum von privaten Gruppen zu leisten ist. Der Sprung vom Besitz waffenfähigen Urans zur Bombe ist dann allerdings nicht mehr so groß.

Der Hauptreferent des Seminars, Oberstleutnant a.D Volker Leopold, referierte an zwei Tagen über die Politik der USA und Russlands. Erfreulicherweise sei eine Annäherung zwischen den Präsidenten Obama und Medwedjew zu verzeichnen, da beide Seiten an einer Reduzierung ihrer kostspieligen Atomwaffenarsenale interessiert sind. Das durch seinen Status als Energiegroßmacht wiedererstarkte Russland stellt sich wieder als Machtfaktor in einer multipolaren Weltordnung auf, die nicht mehr durch eine Supermacht bestimmt sein wird. Auch die USA werden diese neuen Kräfteverteilungen einer Welt in mehrere Macht-

zentren in Asien und Amerika berücksichtigen und sich nicht mehr einseitig auf Europa konzentrieren. Präsident Obama sieht vor allem den inneren Modernisierungsbedarf in den USA, um international handlungsfähig zu bleiben. So gilt einer seiner innenpolitischen Schwerpunkte der Bekämpfung von Energieverschwendung. Aus diesem Grund soll das veraltete Stromnetz der USA grundlegend erneuert werden

Russland wird als Energiegroßmacht Ansprüche auf die arktischen Ressourcen geltend machen und auch für die Zeiten nach dem Öl und Gas Vorsorge treffen wollen. Medwedjew verkündete eine Modernisierung des Landes und will den immer wieder verschobenen Abbau der russischen Streitkräfte auf eine kleinere aber schlagkräftige nukleare und konventionelle Streitmacht forcieren.

Eine wichtige Rolle im Machtpoker der internationalen Energiepolitik spielt der Raum zwischen dem Schwarzen Meer und Zentralasien. Pipelineprojekte geben der Türkei und den Kaukasusstaaten eine Schlüsselrolle. Deshalb habe Russland zwischen den verfeindeten Nachbarn Türkei und Armenien vermittelt. Russland werde seine traditionellen Einfluss in dieser Region auch mittels der doppelten Staatsbürgerschaft russlandtreuer Bevölkerungsteile im Kaukasus und in Zentralasien zu wahren wissen. Russland baut als Gegenpol zur EU und NATO und ASEAN eine Kooperation der SHANGHAI-Staaten aus. Dazu gehören Russland, China, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Tadschikistan. Beobachterstatus haben Indien, Iran, Pakistan, der Iran und die Mongolei.

Die Vormächte einer multipolaren Welt blicken vor allem auch auf Afrika mit seinen strategischen Rohstoffreserven in Angola, Nigeria, dem Kongo und Namibia (Öl). In Südamerika ist absehbar, dass Brasilien sich zunehmend wirtschaftliche und politisch als neue Großmacht in der Weltpolitik artikulieren wird. Leopold sah in diesen neuen Organisationen nicht unbedingt eine Bedrohung für die alten Mächte in Europa und Amerika. Die SHANGHAI-Staaten könnten vielmehr die westlichen Organisationen der EU und NATO ergänzen, damit sich die entwickelten Staaten des Nordens endlich der Probleme des Südens und der Erhaltung unserer globalen Lebensgrundlagen widmen können.

Zum Abschluss des Seminars hatten die Teilnehmer noch einen sicherheitspolitischen Fragebogen mit sehr breit gestreuten Aufgaben zu meistern, bei dem die Leistung von Oberstleutnant d.R. Uwe Riebe mit einer Flasche Wein honoriert wurde.